



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/161 - 16.7.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

S. 2 a: R.A.P. Kopien

Interview mit Herbert Wehner	S. 1
Television und Politik - Bericht aus Chicago -	S. 3
<u>Beamtenbund im Mittelstandsblock</u>	S. 5
Grumbach und die deutschen Kriegsgefangenen	S. 6

Ostintegration als Antwort ?

Herbert Wehner über die Gefahren des Status quo zwischen Ost u. West

(sp) "Wenn Ulbricht nicht von Moskau desavouiert wird, bedeuten die Deklamationen auf dem SED-Kongress die Aufgabe der deutschen Wiedervereinigung als Ziel der Sozialistischen Einheitspartei", erklärte der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen und sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Herbert Wehner in einem Interview. Wehner gab der Überzeugung Ausdruck, dass nur noch eine kurze Frist bleibt, in der Bemühungen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit eine reale Chance haben.

"Die auf dem SED-Kongress proklamierten Ziele bedeuten eine Veränderung der bisherigen Haltung, selbst wenn man davon ausgeht, dass die ostzonalen Kommunisten die deutsche Einheit nur im Sinne ihrer Ordnung erstrebt haben. Bis jetzt wurde der provisorische Charakter der Verhältnisse in der Ostzone stark betont. Als Grotewohl 1949 davon sprach, dass der Osten einen Friedensvertrag mit der "Deutschen Demokratischen Republik" abschliesse, musste er sich auf Geheiß Moskaus dementieren. Im Mittelpunkt des vorjährigen SED-Kongresses stand das Telegramm Stalins, in dem der provisorische Charakter der ostzonalen Verhältnisse besonders unterstrichen wurde".

"Wird die Konsolidierung im Sinne einer Bolschewisierung

der Ostzone und deren Integration in den Ostblock durchgeführt, dann lässt sich voraussehen, dass Deutschland für eine lange, nicht absehbare Zeit zerrissen bleibt", sagte Wehner weiter. Anstrengungen zur Wiedervereinigung würden wahrscheinlich daran scheitern, dass jede Seite von der anderen das Rückgängigmachen der geschaffenen Verhältnisse verlange. So wenig der Westen bereit wäre, die Bundesrepublik aus der Integration zu lösen, so wenig, wenn nicht noch weniger, könnte damit gerechnet werden, dass die Sowjetunion die in der Ostzone bestehende Ordnung aufgäbe.

Wehner ist überzeugt, dass nach dem Vollzug der Pläne des Ostens und des Westens jede gesamtdeutsche Initiative dadurch erschwert würde, dass die westliche Welt erklären könnte, der mühselig erreichte Status quo dürfe nicht gefährdet und wegen der deutschen Frage dürften die hochgerüsteten Lager des Westens und Ostens nicht in einen so zugespitzten Gegensatz gebracht werden, dass daraus eine unmittelbare Kriegsgefahr entstehen könnte. Es liege durchaus im Bereich des Möglichen, sagte Wehner, dass der Westen, nachdem er die Einbeziehung Gesamtdeutschlands in sein Verteidigungssystem nicht erreichen konnte und ein wiedervereinigtes Deutschland der militärischen Neutralität ablehnt, bereit sein könnte, mit Moskau zu einer Verständigung über den Status quo zu gelangen. Die Ostzone, einmal in den Ostblock integriert, könnte die Sowjetunion nach Ansicht Wehners möglicherweise sogar die Initiative zu einer solchen Politik ergreifen^{lassen}. Sie würde ihre Stütze in der These Stalins von der Möglichkeit des Nebeneinanderlebens zweier Systeme finden und auf dem Rücken der Deutschen vollzogen werden.

Die Rede des Berliner CDU-Abgeordneten Lemmer anlässlich der ersten Lesung der Westverträge im Bundestag enthielt, wie Wehner betonte, den wichtigen Satz, dass die Bundesrepublik zwar den Anschluss an die europäischen Organisationsformen auf montanwirtschaftlichem und militärischem Gebiet suchen dürfe, das Aufgehen in einer politischen Föderation dieser sechs Länder aber erst für ein wiedervereinigtes Deutschland möglich sei. Bei dieser von keiner Seite der Koalition angefochtenen Auffassung übersehe Lemmer, dass die Verpflichtung der Bundesrepublik zum Eintritt in die europäische Föderation bereits in den vorliegenden Verträgen enthalten sei.

Die konsequente Fortführung der Adenauerschen Integrationspolitik würde den Prozess einer Verewigung der politischen Unselbständigkeit Westdeutschlands fördern. Damit würden die Bewohner der Bundesrepublik aber die Möglichkeit verlieren, die Sache der Wiedervereinigung aus eigener Initiative zu betreiben. Für die europäische Regierung und das europäische Parlament würde sich die nationale Frage der Deutschen als eine Frage der Erweiterung des Gebiets der Föderation stellen, der sie nur zustimmen, wenn diese auch im Interesse der anderen beteiligten Länder liege. Die Deutschen würden dann die Polen des 20. Jahrhunderts werden, sagte Wehner.

"Bei einer Verwirklichung des auf dem SED-Kongress aufgestellten politischen Programms wird Berlin unmittelbar betroffen", stellte Wehner abschliessend fest. "Die gegenwärtigen Massnahmen gegen die Berliner Westsektoren zielen bereits darauf ab, diesen Teil der ehemaligen Reichshauptstadt zu zwingen, mit den ostzonalen Stellen Übereinkünfte zu suchen und sich ihnen unterzuordnen. Dadurch soll, ohne zunächst die Westmächte politisch direkt anzugreifen, der Versuch gemacht werden, Westberlin abzudrosseln. Die Westmächte werden nicht umhin können, sich mit diesen, von dem Kandidaten des Politbüros, Herrnstadt, auf dem SED-Kongress angeschnittenen Problem rechtzeitig zu befassen."

Deflationspolitik

Berichte aus Kopenhagen sprechen von neuen Einschränkungen im dänischen Wirtschaftsleben. Die konservative Regierung verringerte die Aufwendungen für öffentliche Aufträge um 30 bis 40 %. Technische Schulen, Berufsschulen, Volksschulen, Krankenhäuser und Altersheime sowie Kinderfürsorge sollen ebenfalls nur noch ein Drittel dessen erhalten, was sie dringend brauchen.

Ein anderer Bericht aus Kopenhagen besagt, dass die Arbeitslosigkeit Dänemarks im Mai dieses Jahres doppelt so hoch war, wie sie im gleichen Monat des Vorjahres gewesen ist. Die neuen Einschränkungen werden die Arbeitslosigkeit natürlich nicht verringern, im Gegenteil.

Gleichzeitig wird berichtet, dass Handelsminister Rytter auf einer jüngst abgehaltenen Versammlung des Provinzhandels die gänzliche Aufhebung des Gewinnstops verkündet habe. Infolgedessen werden neben steigender Arbeitslosigkeit auch steigende Preise, erhöhte Steuern und eine absinkende Produktion erwartet.

Es scheint also, dass die konservative Regierung Dänemarks den verhängnisvollen Weg einer Deflationspolitik konsequent gehen will - trotz aller negativen Erfahrungen schon in den dreissiger Jahren mit diesem Mittel zur Bekämpfung wirtschaftlicher Depressionen.

Ganz Amerika sah Chicago

Die grosse Stunde des Fernsehens

Von unserem gegenwärtig in den USA weilenden -tt-Mitarbeiter

Amerikas "television", bisher fast nur eine Unterhaltungs-Quelle, hatte in den ersten Juli-Tagen seine grosse politische Bewährungsprobe. Ganz Amerika ist überzeugt, dass das Fernsehen diese Probe bestanden hat. Von der ersten Stunde der National-Convention der Republikaner in Chicago haben die "television"-Sender der USA dieses Ereignis in alle Gebiete der Vereinigten Staaten ausgestrahlt. Von der ersten Stunde an waren die Fernsehempfänger Amerikas belagert. Diese Möglichkeit, die republikanische Convention in allen ihren Einzelheiten daheim, im Club oder in irgendeiner Bar im Bilde miterleben zu können, hat die US-Bürger unerhört nah an diesen politischen Kulminationspunkt herangebracht.

Nun sind wir Europäer und vor allem auch wir Deutsche ja auch keine Eisblöcke, wenn wir unsere Wahlschlachten durchkämpfen und miterleben. Aber die exzentrischen Temperamentsausbrüche, wie sie die Fernsehempfänger aus der Chicagoer Conventionshalle, die übrigens in unmittelbarer Nähe der berühmten "stockyards", also der riesigen Schlachtviehpferche und Schlachtereien Chicagos liegt, übermittelte, sind kaum vorstellbar. Ich meine hier weniger die Beifallskundgebungen etwa bei den Reden des Fünfsterne-Generals McArthur oder des einzigen noch lebenden Ex-Präsidenten der USA Herbert Hoover, ich meine vielmehr die turbulenten Szenen, die sich in jener Nachtsitzung um die Stimmabgabe der Delegierten Portoricos abspielten, oder das Geheul der Taft-Anhänger, die in der Nacht zum 10. Juli die Chicagoer Halle in ein tobendes Durcheinander verwandelten, oder die unplötzliche Eroberung des Riesenrunds durch die Anhänger des californischen Gouverneurs und Nominationsbewerbers Earl Warren, hinter dem praktisch nur die 70 Delegierten von Californien standen. Diese 70 Mann aber hatten sich mit einem Schläge veräutzendfacht und bestimmten mit Schriftbändern, Tafeln, Bildern, Fahnen, Luftballons und einem nicht abreissenden krachenden Lärm aus Glockengeläute, Gesang, Sprechhören und Geschrei das Bild der Halle, als Senator Knowland die Nomination Warrens proklamiert hatte.

Ich habe diese Stunden der homungelos entfesselten politischen

Leidenschaft in dem riesigen Zellensaal des Ymca-Buildings in Dallas-Texas mitgesehen und gleichzeitig miterlebt, wie dieser Chicagoer Temperamentsausbruch von den hunderten Zuschauern und -hörern aufgenommen wurde, die um diese nächtliche Zeit unter einem ebenso hemmungslosen Verbrauch von Coca Cola in diesem fabriksähnlichen Raum versammelt waren. Hatten diese Männer aller Altersklassen und aller Partei- und Kandidatenrichtungen, die froh waren, einem heissen texanischen Sommertag mit weit über 90 Grad Fahrenheit in eine wenigstens einigermaßen kühlere Nacht entronnen zu sein, schon vorher die Erklärungen der einzelnen Redner mit begeisterten Zustimmung- oder mit entrüsteten Ablehnungsrufen beantwortet, so brach nun auch hier die Leidenschaft ungehemmt durch. Als die ganze Zuschauermenge mitschreiend aufsprang, rollten Dutzende von leeren Coca-Flaschen laut scheppernd und splitternd über den Steinboden davon.

Die Fernseh-Firmen haben die grosse Gelegenheit, die sich ihnen in diesen Tagen wie ein einzigartiges Geschenk geboten hatte, weidlich ausgenutzt. Die amerikanische Gepflogenheit, jede Sendung an Firmen zu verkaufen, die dann als der zahlende Spender auftreten, kam vor allem den Herstellerfirmen der Fernsehgeräte zugute, die meistens die ganze Sendezeit der Convention gekauft hatten und immer wieder ihre Apparate über die Empfangsschirme anboten. Diese Angebote sind für amerikanische Verhältnisse erstaunlich günstig. So kostet ein schon sehr ansprechendes und leistungsfähiges Grossgerät nur noch rd 180 Dollar, wobei der Käufer nur 5 Dollar bar auf den Tisch zu legen braucht und den Rest jahrelang abzahlen kann, teilweise sogar in Wochenraten von 50 Cents. Das Ratenzahlungssystem ist in den Vereinigten Staaten ausserordentlich beliebt und geht schon bis an die Grenze des Möglichen, wie in solchen Fällen, wo der Verkäufer überhaupt kein Bargeld mehr verlangt und Ratenzahlungen bis zu zwei Jahren anbietet.

Der grosse Bewährungserfolg des Fernsehens bei der Übertragung der republikanischen National-Convention in Chicago hat diesen Kongress zu einer historischen Angelegenheit gemacht. Zum erstennal in seiner Geschichte konnte Amerikas Volk selbst durch Augenschein miterleben, wie seine Delegierten den Kandidaten für das oberste Staatsamt wählen. Die Bewährungserfolg der "television" wird sich vom 21. Juli an, dem Beginn der demokratischen Nation-Convention in Chicago, fortsetzen und, davon sind alle Amerikaner überzeugt, auch nach der Präsidentenwahl im November nicht abreißen. Und Amerikas bussinessmen sind ebenso überzeugt, dass dem politischen Erfolg des Fernsehens auch der grosse geschäftliche Erfolg der Hersteller- und Verkaufsfirmen folgen wird.

Der Irrweg des Beamtenbundes

gnr. Der kürzlich erfolgte Anschluss des Beamtenbundes an den Mittelstandsblock kommt nicht überraschend, er liegt ganz auf der Linie jener "standesbewussten" Politik, die dieser Verband schon immer verfolgt hat. Aber auch Bestand und Ziele des Mittelstandsblocks werden dadurch noch fragwürdiger. Die einzelnen Verbände dieses "Blockes" haben so verschiedene, oft gegenläufige Interessen, dass eine einheitliche positive Willensbildung in den Fragen der praktischen Politik bisher nicht zu erkennen war und auch für die Zukunft nicht erwartet werden kann. Allodings, und das wirft ein besonderes Licht auf den Weg, den der Beamtenbund gehen will, hat der Mittelstandsblock erklärt, dass er die Parteien und Abgeordneten propagandistisch und finanziell unterstützen will, die im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung seine Forderungen zu vertreten bereit sind. Der Einzelhandel schloss sich deswegen, um seine politische Unabhängigkeit zu wahren, nicht an - der Beamtenbund gibt sie aber damit auf.

Mit diesem Beitritt gibt er aber auch zu erkennen, dass er nicht die Absicht hat, die sozialen Interessen seiner Mitglieder ernsthaft zu vertreten, obwohl er gern von sich behauptet, auch eine Gewerkschaft zu sein. Schliesslich ist der Lebensstandard nicht nur von der Einkommenshöhe, sondern auch von der Freigestaltung und dabei vor allem der für Bedarfsgüter abhängig. Eine Gewerkschaft muss deshalb ihre Kampfinitiative auch in dieser Richtung hin entwickeln, wenn sie erfolgreich sein will. Der Beamtenbund kann das aber nicht mehr. Ihm verbietet das die Rücksichtnahme auf seine "Verbündeten" im Mittelstandsblock. Dazu gehören aber nicht nur die Hausbesitzer und die Handwerker, sondern auch die selbständigen Unternehmer und die Bauernverbände. Deren Freispolitik war es gerade immer wieder, die scharfe Proteste der gesamten Arbeitnehmerschaft hervorrief. So erhält das Bündnis für die Beamtenschaft eine deutliche sozialreaktionäre Note.

Der Beamtenschaft ist mit dieser unklaren, ja zwielfichtigen Haltung nicht im geringsten gedient. Sie hält zu ihrem grösseren Teil auch nichts von der Neubelebung eines überholten "Standesbewusstseins", wie es sich die Initiatoren des Anschlusses an den Mittelstandsblock anscheinend erhoffen. Ihr kann nur ein fortschrittliches Beamtenecht und die soziale Sicherstellung helfen. Diese sind aber nicht durch ein Bündnis mit den Kräften der wirtschaftlichen Restauration, sondern nur durch die Einigkeit aller Arbeitnehmer zu erreichen, ob es Arbeiter, Angestellte oder eben Beamte sind.

Eine Erinnerung an Salomon Grumbach

Von G. Markscheffel

Der letzten Ausgabe der in Mainz erscheinenden Zeitung "Die Freiheit" entnehmen wir folgenden Artikel-Auszug:

"Ich hatte (in den ersten Nachkriegstagen d.Red.) Grumbach aufgesucht, um eine Hilfe für die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich zu erbitten. Er sagte sofort zu. Mit unglaublicher Schnelligkeit hatte er das Problem erfasst. "Es darf nicht sein", sagte er; "dass die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich denken müssen, sie allein hätten den Krieg verschuldet. Wir müssen unterscheiden zwischen den Machthabern des Dritten Reiches und dem deutschen Landese

Natürlich gibt es auch Cradour, jenes unglückliche Dorf, in dem die SS fast 300 Einwohner in die Kirche einsperrte und dann verbrannte. Das ist tief im Gedächtnis der Franzosen eingeprägt. Wenn wir das deutsch-französische Verhältnis erträglich gestalten wollen, müssen beherzte Menschen in Deutschland öffentlich von dem, was dort geschehen ist, abrücken".

Ein Telefonanruf unterbrach unser Gespräch. Léon Blum hatte angerufen. Grumbach nahm die Gelegenheit sofort wahr. "Höre, Blum, wir müssen sofort die Frage der deutschen Kriegsgefangenen besprechen. Du musst einen Artikel schreiben. Du musst der französischen Öffentlichkeit sagen, dass Deutschland nicht gleichzusetzen ist mit dem, was in Buchenwald geschah!"

Zu mir gewandt: "Er ist einverstanden. Wir werden uns in den nächsten Tagen darüber unterhalten!"

+

Wenige Tage später erklärte Léon Blum in einer grossen Versammlung, dass die Franzosen zum demokratischen Deutschland Vertrauen haben sollten. Er sagte seinen Landsleuten, er hätte Buchenwald nicht überleben können, wenn es nicht auch ein anderes, ein besseres Deutschland gegeben hätte.

Die Kommunistische Partei Frankreichs quittierte diese Erklärungen mit gemeinsten Beschimpfungen. Sie peitschte die nationalen Leidenschaften des während des Krieges gepeinigten französischen Volkes gegen die Deutschen auf.

+

Sorgenvoll trafen wir uns einige Wochen später wieder. Er war verzweifelt. "Wir müssen mit den französischen Kriegsgefangenen sprechen, die jetzt aus Deutschland zurückkommen", sagte er. "Ich habe gehört, dass viele von ihnen, besonders die, die irgendwo gearbeitet haben, bei Bauern oder auch in der Fabrik, viel Gutes über ihre Behandlung sagen. Wir müssen diese Menschen sprechen lassen; sie sind sicher die besten Botschafter".

Und sie sprachen, die französischen Kriegsgefangenen. Sie erzählten ihre Erlebnisse aus Deutschland. Sie waren die ersten und besten Botschafter des deutschen Volkes.

Verantwortlich: Peter Raunau